



EIN EUROPA FÜR ALLE

Ungleichheit und Armut in Europa stoppen!

Armut und Ungleichheit haben in Europa massiv zugenommen. Politische Entscheidungen werden immer stärker durch reiche Eliten beeinflusst, welche Regeln zu ihrem Vorteil gestalten und so die demokratischen Institutionen untergraben. Austeritätspolitiken und ungerechte Steuersysteme dienen überall in Europa den Mächtigen. Es ist an der Zeit, diesen Trend umzukehren und die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung an die erste Stelle zu setzen. Auch in Deutschland nimmt die Ungleichheit zu – und Deutschland hat neben Österreich die größte Ungleichverteilung von Vermögen in der Eurozone aufzuweisen.

1. SOZIALE UNGLEICHHEIT IN DEUTSCHLAND

Häufig wird das Thema der sozialen Ungleichheit in Europa so dargestellt, als beträfe es vor allem Länder in Süd- und Osteuropa. Tatsächlich nimmt Deutschland jedoch gleich in drei Bereichen eine europäische Spitzenposition ein:

1 Nach Österreich weist Deutschland die zweithöchste Vermögensungleichheit in der Eurozone auf. Die reichsten zehn Prozent der Haushalte besitzen mindestens 63 Prozent des Gesamtvermögens.¹ Der größte Anteil dieser Vermögensungleichheit geht auf Erbschaften und Schenkungen zurück.

2 Die Lohndifferenz zwischen Frauen und Männern beträgt in Deutschland 22 Prozent – noch höher ist sie nur in Estland, Österreich und der Tschechischen Republik.²

3 Im 21. Jahrhundert hat die Lohnspreizung in Deutschland erheblich zugenommen: Die Löhne der untersten zehn Prozent der in Vollzeit und sozialversicherungspflichtig Arbeitenden sind inflationsbereinigt zwischen 2000 und 2005 um zwei Prozent gesunken und zwischen 2005 und 2010 um weitere sechs Prozent. Die oberen zehn

Während sich einige an die Spitze drängen, werden andere von der Gesellschaft vernachlässigt.
Börsenviertel in Brüssel, April 2015.

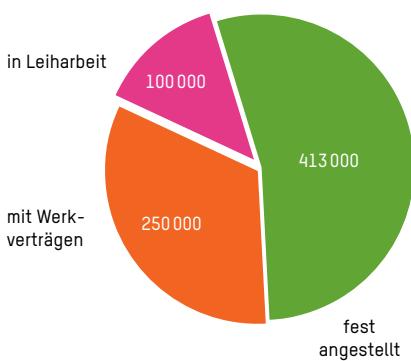
Foto: © Ximena Echague/Oxfam



OXFAM
Deutschland

Die Ungleichheit ist auch über längere Zeiträume gesehen gestiegen. So ging der Anteil der Arbeitseinkommen am gesamten Wohlstand in der Bundesrepublik von 67 Prozent in den 1980er Jahren auf 63 Prozent in den 2000er Jahren zurück.⁵ Im Jahr 2014 waren in Deutschland 39 Prozent aller Arbeitnehmer/innen in Teilzeitstellen, Minijobs oder Leiharbeit angestellt.⁶ Auch hier ist die Tendenz steigend. Das deutsche Modell der starken Exportorientierung bei schwachem Binnenmarkt geht mit einem geteilten Arbeitsmarkt mit großen Lohnunterschieden einher. In der exportorientierten Chemie- und Elektroindustrie steigen die Löhne momentan erheblich, im Dienstleistungssektor dagegen nur sehr gering. Aber auch innerhalb der Industrie gibt es große Unterschiede. So arbeiten von den 763 000 Beschäftigten in der Autoindustrie etwa 250 000 mit Werkverträgen und 100 000 in Leiharbeit.⁷

BESCHÄFTIGTE IN DER AUTOINDUSTRIE IN DEUTSCHLAND (2013)



Quelle: IG Metall Betriebsrätebefragung 2013

Wie unter anderem die PISA-Studien der letzten Jahre gezeigt haben, wirkt sich nirgendwo in Europa die soziale Herkunft so stark auf den Bildungserfolg aus wie in Deutschland. Was für eine Schulform Kinder besuchen, wie sie bei Tests abschneiden und welchen Bildungsabschluss sie erreichen, ist in keinem anderen entwickelten Land so stark wie in Deutschland von den Vermögensverhältnissen der Eltern abhängig.

Menschen mit internationalen Wurzeln sind in Deutschland besonders stark von Ungleichheit betroffen. Flüchtlinge erhalten

ten keine reguläre Gesundheitsversorgung. Nach Deutschland eingewanderte sind häufiger arbeitslos; ein Drittel von ihnen ist im Niedriglohnsektor beschäftigt. Altersarmut auf dem Niveau der Grundsicherung betrifft Menschen mit Einwanderungsgeschichte sechsmal häufiger und ihre Löhne sind im Durchschnitt 40 Prozent niedriger.⁸

Bestimmten Gruppen werden in Deutschland grundlegende Arbeitsrechte aberkannt: 300 000 Beschäftigte in Integrationswerkstätten und 60 000 Strafgefangene arbeiten zu Stundenlöhnen von unter zwei Euro, oft für Konzerne wie Siemens und Volkswagen. Sie haben kein Streikrecht.⁹

mussten gekürzt, der Kündigungsschutz abgeschafft, der öffentliche Sektor verkleinert werden. Nationale Tarifverhandlungen wurden in Spanien, Portugal und Griechenland zurückgedrängt und durch Verhandlungen auf Firmenebene ersetzt.

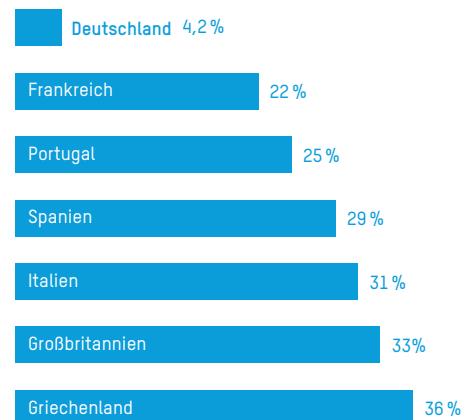
Die Bundesbank macht enorme Gewinne mit Krediten an verschuldete Länder, denn die Zinsen auf die Kredite an Griechenland liegen beispielsweise weit höher als die Zinsen in Deutschland. Allein dadurch kamen seit 2010 360 Millionen Euro zusammen.¹² Zudem kauften Anleger während der Krise in Griechenland mehr deutsche Anleihen, was dem deutschen Staat zusätzliche 100 Milliarden Euro einbrachte.¹³

2. DEUTSCHLANDS ROLLE IN DER AUSTERITÄTSPOLITIK

Diese Ungleichheit in einem der reichsten Länder der Welt hat auch über die Landesgrenzen hinaus Auswirkungen. So war das Wachsen des Niedriglohnsektors in Deutschland vor der Finanzkrise ein Grund für die Schuldenkrise in Südeuropa und die damit einhergehende Austeritätspolitik: Zwischen 2000 und 2010 stiegen die Lohnstückkosten in Deutschland lediglich um 4,2 Prozent.¹⁰ In allen anderen Ländern der Eurozone erhöhten sie sich im gleichen Zeitraum enorm: um 36 Prozent in Griechenland, 33 Prozent in Großbritannien, 31 Prozent in Italien, 29 Prozent in Spanien, 25 Prozent in Portugal und 22 Prozent in Frankreich.¹¹ Mit der Kombination aus Hochtechnologie und Lohnzurückhaltung hat Deutschland den Rest Europas niederkonkurriert: Es kann bessere Produkte zu relativ geringen Preisen anbieten. Erst durch diese ökonomischen Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone konnte die Finanzkrise so verheerende Auswirkungen auf große Teile Europas haben.

Hinzu kamen Immobilienblasen in Spanien und Großbritannien sowie die Rettung angeschlagener Banken in ganz Europa, wodurch sich viele Staaten enorm verschuldeten. Die europäischen Länder mit ökonomischen Überschüssen nutzten diese Notlage aus und verliehen ihr Geld nur unter bestimmten Bedingungen an verschuldete Staaten: Mindestlöhne

ANSTIEG DER LOHNSTÜCKKOSTEN (2000–2010)



Quelle: DGB Verteilungsbericht 2011

Als Folge der Sparpolitik sind viele europäische Nationalökonomien geschrumpft. Die deutsche Industrie ist hiervon kaum betroffen, da sie einen immer größeren Anteil in Länder außerhalb der EU exportiert. Zugleich werden handfeste Interessen deutscher Konzerne an der Privatisierung ehemaliger Staatsbetriebe bedient. Dank des dritten Sparpakets, das Griechenland im Juli 2015 aufgezwungen wurde, kann Fraport beispielsweise nun 14 profitable griechische Regionalflughäfen erwerben.

Die Einwanderung aus Ländern wie Spanien und Griechenland nach Deutschland stieg seit Beginn der Krise erheblich an, was zu einer Zunahme preiswerter Arbeitskräfte führt. In München etwa fand man wegen

der geringen Löhne keine neuen Erzieher/innen für einen Ausbau der Kinderbetreuung – diese wurden dann in Griechenland angeworben.¹⁴ In vielen Bereichen wie der Pflege, dem Baugewerbe, der Landwirtschaft und dem Fernlastverkehr arbeiten aus Süd- und Osteuropa Eingewanderte als Selbstständige unter dem gesetzlichen Mindestlohn.¹⁵

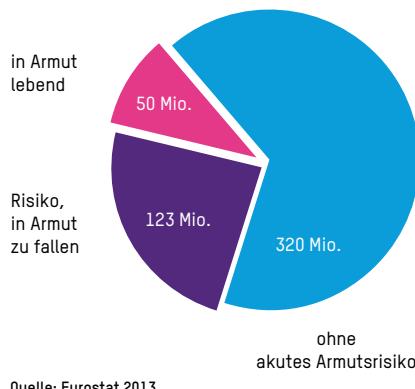
Die Politik der deutschen Regierung setzt damit die im Jahr 2000 von den Staaten der EU beschlossene Lissabon-Strategie durch, Europa zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum weltweit zu machen.¹⁶ Die deutsche Regierung agiert dabei nicht alleine, sondern zusammen mit den anderen Regierungen der EU, spielt aber aufgrund des ökonomischen Gewichts Deutschlands eine Schlüsselrolle und gibt den Ton bei den Politiken zur Bewältigung der Krise an. Die Sozialdemokratie als traditionelle politische Vertretung der arbeitenden Bevölkerung hat dem bisher in ganz Europa kein anderes Konzept entgegengesetzt, sondern ähnliche Politiken verfolgt. Die Folgen der Austeritätspolitiken sind eine Verarmung großer Teile der Bevölkerung in Süd- und Osteuropa, Irland und Großbritannien sowie ein geteilter Arbeitsmarkt und weiter steigende Ungleichheit in Deutschland. Das bedeutet, dass die ungleiche Entwicklung innerhalb Deutschlands erheblich zum Auseinanderbrechen Europas beiträgt. Die gemessen an der Produktivität sehr niedrigen Löhne in Deutschland üben einen starken Konkurrenzdruck auf alle anderen Länder der Eurozone aus. Da sie aber dieselbe Währung haben wie Deutschland, haben die Regierungen in anderen Ländern keine Möglichkeit, die großen ökonomischen Unterschiede durch Geld- oder Währungspolitik auszugleichen. Der IWF hat die deutsche Regierung bereits im Jahr 2013 zu Lohnerhöhungen im öffentlichen Sektor ermutigt, um die Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone abzumildern.¹⁷

3. SOZIALE UNGLEICHHEIT IN EUROPA

Innerhalb der Europäischen Union sind 123 Millionen Menschen von Armut oder

sozialer Ausgrenzung bedroht¹⁸ – fast 25 Prozent der Gesamtbevölkerung.¹⁹ 50 Millionen Menschen leben bereits in Armut, d. h. unter Bedingungen schwerwiegender materieller Entbehren.²⁰ Sie können beispielsweise ihre Wohnungen nicht beheizen, haben keine Stromversorgung oder nicht genug zu essen. Zwischen 2009 und 2013 ist ihre Zahl um insgesamt 7,5 Millionen gestiegen. Auf nationaler Ebene hat die Armut in 19 Ländern der EU zugenommen.²¹ Besonders Frauen, junge Menschen und Einwander/innen sind betroffen.

BEVÖLKERUNG IN DER EU (2013)



Diese Armut geht auf eine ungleiche Verteilung des Wohlstands zurück. Laut Zahlen von Credit Suisse besitzt das reichste Prozent der europäischen Bevölkerung 31 Prozent des gesamten Vermögens. Die ärmsten 40 Prozent verfügen über weniger als ein Prozent des Reichtums.²²

Die Ursachen für dieses Missverhältnis sind vielschichtig:

- 1 Reiche Einzelpersonen, Unternehmen und private Interessensgruppen kontrollieren die Entscheidungsprozesse in der Politik. Dass deshalb Steuersysteme und Regierungspolitiken einigen wenigen nutzen, nicht aber der Mehrheit, vergrößert die Einkommens- und Vermögensungleichheit. Die immer stärkere Konzentration von Besitz an der Spitze der Gesellschaft ermöglicht wiederum noch stärkeren Einfluss auf die politischen Regeln.

2 Die Austeritätspolitiken einiger EU-Staaten haben die Last des Schuldenabbaus auf den Schultern der Ärmsten abgeladen. Diese Politiken führen zu regressiven Steuersystemen, Ausgabenkürzungen des Staates, der Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen, sinkenden Löhnen und schlechteren Arbeitsbedingungen.

3 Ungerechte Steuersysteme vergrößern in vielen europäischen Ländern die Lücke zwischen Arm und Reich, statt Einkommensungleichheiten zu verringern. Sie besteuern Arbeit und Konsum stärker als Kapital, was reichen Einzelpersonen, Gutverdienenden und großen Unternehmen ermöglicht, ihren Steuerverpflichtungen zu entgehen. Die Steuerlast wird so auf die große Mehrheit der Bevölkerung verlagert. Zugleich verlieren die EU-Staaten insgesamt eine Billion Euro pro Jahr durch Steuervermeidung.

Oxfams Erfahrungen mit früheren Finanz- und Wirtschaftskrisen in Lateinamerika, Afrika und Südostasien zeigen: Es gibt politische Alternativen. Durch gezielte Politiken kann der Kreislauf aus Armut, Ungleichheit und der politischen Vorherrschaft reicher Eliten gebrochen werden. Dazu gehören mehr Ausgaben für öffentliche Dienstleistungen, progressive Steuersysteme sowie Mindeststandards für Löhne und Arbeitsbedingungen.

Die Ungleichheit in der EU nimmt zu

Aus globaler Perspektive ist die EU eine Gruppe reicher Länder. Dennoch ist fast ein Viertel der Bevölkerung von Armut bedroht. In vielen Ländern der EU sind die Reallöhne seit Beginn der Finanzkrise in 2008 gesunken. Auch der Anteil der Lohnempfänger/innen am Nationaleinkommen in Spanien und Griechenland hat sich seitdem laut IWF weiter verringert.²³

Das höchste Armutsrisiko haben in Europa Haushalte mit Kindern. Im Jahr 2013 lebten fast 28 Prozent aller Kinder in der EU in Armut, das sind 26 Millionen.

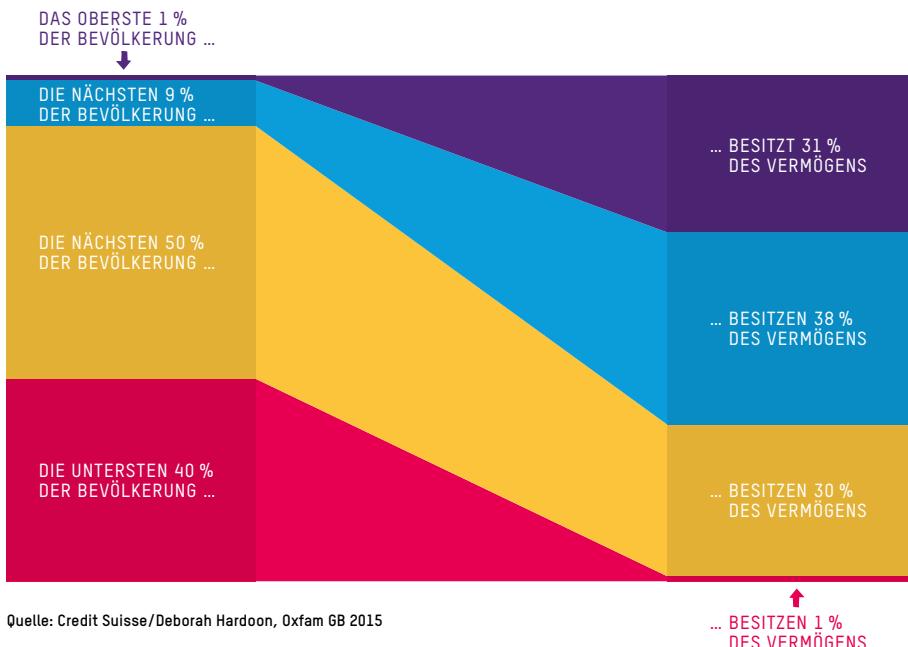
Zwischen 2009 und 2013 ist ihre Zahl um eine Million gestiegen.²⁴ Mehr als 30 Prozent aller Kinder in Rumänien, Italien, Spanien, Litauen und Lettland leben unter der relativen Armutsgrenze, in Griechenland sind es mehr als 40 Prozent.²⁵

Für Kinder von Alleinerziehenden ist das Armutsrisko in der EU fast doppelt so hoch wie für Kinder von Nichtalleinerziehenden. Alleinerziehende bilden einen überproportionalen Anteil der ärmsten Bevölkerungsgruppe – 90 Prozent der Alleinerziehenden sind weiblich. Zudem sind Frauen stärker von prekären Arbeitsverhältnissen betroffen.

Zugleich wächst die Zahl der – größtenteils männlichen – Milliardäre in Europa immer rasanter: Von 100 im Jahr 2002 über 150 im Jahr 2009 auf 342 im Jahr 2013. Ihr gemeinsames Vermögen beträgt 1,5 Billionen US-Dollar.²⁶ Nur 15 Prozent der Reichen sind Frauen.

Im Jahr 2013 lebten in der EU 13,1 Millionen der 18- bis 24-Jährigen in Armut, 500 000 mehr als im Jahr 2010. Seit dem Jahr 2014 ist die Gruppe der 18- bis 24-Jährigen zum ersten Mal am stärksten von Armut und Arbeitslosigkeit betroffen.²⁷ Das Durchschnittsalter der 342 Milliardäre beträgt 62 Jahre.

VERTEILUNG DES VERMÖGENS IN EUROPA (2014)



Quelle: Credit Suisse/Deborah Hardoon, Oxfam GB 2015

Einwanderer sowie ethnische Minderheiten haben in der EU ein höheres Armutsrisko als andere Bevölkerungsgruppen. 23 Prozent der Einwanderer und ethnischen Minderheiten sehen sich laut einer Umfrage von Diskriminierung betroffen. Unter denen, die sich diskriminiert fühlen, sind die Ärmsten besonders stark vertreten. Armut und Diskriminierung sind demzufolge eng miteinander verwoben.²⁸

In Deutschland ist der Anteil der von Armut bedrohten Menschen zwischen 2005 und 2013 von 12 auf 16 Prozent gewachsen. Im gleichen Zeitraum wuchs das Nettovermögen aller Milliardäre in Deutschland von 214 auf 296 Milliarden US-Dollar.²⁹

Der Teufelskreis von ökonomischer Ungleichheit und politischer Vorherrschaft

Politische Vorherrschaft – die Kontrolle von Macht und Politik durch eine Elite – ist mit Ungleichheit eng verzahnt. Die Konzentration des Reichtums verschafft den ökonomischen Eliten so viel Macht, dass sie in ganz Europa politische Entscheidungen zu ihren Gunsten beeinflussen. Dadurch entsteht ein Teufelskreis: Politik im Sinne der Eliten verstärkt die Ungleichheit, was wiederum die Macht der Eliten vergrößert.

Armut und Ausgrenzung beschränken dagegen die Fähigkeit, eine gerechtere Verteilung der Ressourcen, Chancengleichheit und politische Teilhabe zu fordern. Da die Dynamik von Konzentration des Reichtums, politischer Vorherrschaft und zunehmender Armut in vielen Ländern anzutreffen ist, droht Ungleichheit sich in Europa zu verstetigen.

Zwar liegen wegen mangelnder Transparenz keine genauen Fakten zu Lobby-Aktivitäten vor, doch deuten die vorhandenen Daten darauf hin, dass diese ein großes und zunehmendes Problem darstellen. Dies gilt besonders für spezielle Bereiche und Politikfelder im nationalen und EU-Kontext.

Besonders mächtig ist die Finanzlobby in der EU. Allein in Brüssel hat sie im Jahr 2013 schätzungsweise 120 Millionen Euro ausgegeben. Ihre Macht zeigt sich beispielsweise in der Steuerpolitik. 2012 stellten Gewerkschaften, zivilgesellschaftliche Organisationen und Verbrauchergruppen nur etwa zwei Prozent aller Teilnehmenden in Expertengruppen der Europäischen Kommission zu Steuerfragen. Auch im Jahr 2014 war ihr Anteil nicht wesentlich höher. 82 Prozent aller Teilnehmenden vertraten dagegen die Interessen des Privatkapitals.³⁰

Oxfam ist Mitglied von zwei Expertengruppen zu Steuerfragen: der European Commission Platform for Tax Good Governance (seit 2013) und der Expertengruppe zum automatischen Informationsaustausch zu Finanzdaten (AEFI, seit August 2014). In beiden Gruppen ist der Privatsektor überproportional repräsentiert, auch durch Wirtschaftsprüfungsgesellschaften und Finanzinstitutionen, die mutmaßlich in Skandale um Steuerflucht verwickelt sind.

In der European Commission Platform for Tax Good Governance repräsentieren 60 Prozent aller Nicht-Regierungsvertreter/innen Unternehmensinteressen, 20 Prozent zivilgesellschaftliche Organisationen, und 14 Prozent Gewerkschaften. Dies verstößt gegen die durch das Europäische Parlament eingegangene Verpflichtung, dass keine Expertengruppe durch Unternehmensinteressen dominiert sein darf.³¹

Nach dem Skandal um Luxleaks haben Oxfam und andere Organisationen eine offizielle Beschwerde gegen die Teilnahme von PricewaterhouseCoopers (PwC) bei der Platform on Tax Good Governance eingelagert. Dem Unternehmen wird zum Beispiel vorgeworfen, multinationalen Konzernen dabei zu helfen, Profite nach Luxemburg zu verschieben, wo sie nur ein Prozent Einkommenssteuer zahlen. Hier liegt ein Interessenkonflikt vor: PwC kann nicht die Implementierung der europäischen Steuergesetzgebung mitüberwachen und gleichzeitig aggressive Strategien zur Steuervermeidung unterstützen. Die Bank HSBC, die in den Swissleaks-Skandal verwickelt ist, ist Mitglied der Expertengruppe AEFI, die Ratschläge zur Implementierung europäischer Gesetze geben soll, um Banken dazu

zu bringen, Informationen an europäische Steuerbehörden weiterzugeben – der Interessenkonflikt ist auch hier offensichtlich.

Die politische Vorherrschaft von Unternehmen wird von den Bürgerinnen und Bürgern in Europa kritisch wahrgenommen. Die Mehrheit der Befragten einer im Jahr 2013 durchgeföhrten Erhebung meint, dass ihre Regierungen durch die Interessen einiger weniger dominiert werden. Besonders ist dies in den Ländern der Fall, die am stärksten durch die Finanzkrise betroffen sind: Mehr als 80 Prozent der Bevölkerung in Griechenland, 70 Prozent in Italien und 66 Prozent in Spanien teilten diese Meinung.³² Laut dem Eurobarometer 2013 ist die Mehrheit der Bevölkerung in Griechenland, Portugal und Spanien sehr unzufrieden mit der Demokratie.³³

die das politische Management der Krise in der Eurozone dominiert. Für die Durchsetzung der Austeritätspolitik gibt es zwei zentrale Einflusskanäle:

- 1 Die in Spanien, Portugal, Irland und Griechenland angewendeten Troika-Programme knüpfen Kredite an rigorose Kürzungsprogramme: Privatisierungen müssen durchgesetzt, die Beschäftigung im öffentlichen Dienst reduziert, und der Arbeitsmarkt reguliert werden.
- 2 Der Fiskalpakt hat Austeritätspolitiken langfristig in den Verträgen und Regeln der EU verankert. Verschuldung wird auf höchstens 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts begrenzt und eine Neuverschuldung von mehr als 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts pro Jahr ist verboten. Alle Regierungen, die diese Grenzen überschreiten, müssen ihren Haushalt von der Europäischen Kommission und dem Europäischen Rat genehmigen lassen. Verletzungen des Fiskalpakts können mit finanziellen Sanktionen belegt werden. Die Unterzeichnung des Fiskalpakts ist Bedingung, um Zugang zum Krisenfonds der EU zu erhalten, dem European Stabilization Mechanism (ESM).

ANTEIL DER PERSONEN, DIE GLAUBEN, DASS IHRE REGIERUNG INTERESSEN DER ELITEN BEVORZUGT (2013)



Austeritätspolitik und Steuerflucht

Drei Elemente sind zentral für die Verteilung des Wohlstands: Löhne, das Steuersystem und Sozialpolitiken, die für Umverteilung sorgen können und bestimmen, wie umfassend öffentliche Dienste für die gesamte Bevölkerung bereitstehen. Zwar werden Steuer- und Sozialpolitiken auf nationaler Ebene verabschiedet und angewandt, für ihre generelle Ausrichtung spielen jedoch die Institutionen der EU eine Schlüsselrolle.

In vielen Fällen verfolgen die Politiken der EU-Staaten die Interessen der ökonomischen Eliten statt diejenigen der gesellschaftlichen Mehrheiten. Etwa durch die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen im Gesundheits- oder Bildungsbereich, die den Eigentümer/innen privater Dienstleistungsunternehmen nützt. Weitere Beispiele sind die Liberalisierung der Finanzmärkte, die Steuerflucht erst ermöglicht hat, und die Herabsetzung von Spitzensteuersätzen, die Personen mit hohen Einkommen und hohen Vermögen zugutekommt.

Seit Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2008 standen die Institutionen der EU im Zentrum der Austeritätspolitik: Die Troika, bestehend aus der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und dem IWF, ist eine informelle, aber mächtige Gruppe,

Der Fiskalpakt und die Troika-Programme hindern nationale Regierungen daran, sich außerhalb der Austeritätspolitik zu bewegen. Zugleich schützen sie privaten Reichtum davor, stärker zum Wohle der Bevölkerung in Anspruch genommen zu werden.

Dieser Politikansatz hat die Mechanismen ausgeschaltet, welche die Schere zwischen Arm und Reich verringern. Er trägt zudem entscheidend zu einer wachsenden Ungleichheit zwischen den Geschlechtern bei. So betreffen Ausgabenkürzungen im öffentlichen Sektor vor allem Frauen, da sie die Mehrheit der öffentlichen Angestellten stellen. Bei Einschränkungen der öffentlichen Leistungen für Gesundheit, Bildung und Kinderbetreuung steigt die Belastung von Frauen durch privat geleistete Pflegearbeit. Im Zuge der Finanzkrise finden Mütter von Kleinkindern seltener Arbeit – häufig wegen Kürzungen bei Betreuungsdiensten.³⁴

Kürzungen bei öffentlichen Ausgaben

Eine in sieben europäischen Ländern durchgeföhrte Studie zeigt, dass durch Ausgabenkürzungen im öffentlichen Dienst die Ungleichheit stärker gestiegen ist als durch Erhöhungen von Konsumsteuern, wie beispielsweise der Mehrwertsteuer.³⁵ Im Jahr 2010 sind in Europa die Ausgaben für Gesundheit zum ersten Mal seit Jahrzehnten gesunken. Und dieser Trend setzt sich fort. So sind seitdem Spaniens öffentliche Ausgaben für Gesundheit und Bildung um 21 Prozent geschrumpft.³⁶

Wesentlicher Personalabbau im öffentlichen Dienst erfolgte in Griechenland (um 25 Prozent), Portugal (um 10 Prozent) und Rumänien (ebenfalls um 10 Prozent). In Großbritannien werden bis 2017 schätzungsweise 710 000 Stellen im öffentlichen Dienst wegfallen, was doppelt so viele Frauen wie Männer betrifft.³⁷ Zudem wurden in Großbritannien, Portugal und Spanien die

Löhne im öffentlichen Dienst eingefroren, in Italien und Irland sogar gekürzt.³⁸

Auch die Ausgaben für soziale Sicherungssysteme sind erheblich gesunken: In Griechenland, Lettland, Portugal und Rumänien wurden sie im Jahr 2011 um mehr als fünf Prozent gekürzt. Dadurch haben die bedürftigsten Menschen in Europa Unterstützung verloren. Dass in einigen Ländern die Höhe der Sozialleistungen gekürzt wurde, macht es für Familien schwieriger, mit Arbeitslosigkeit umzugehen und ihre Lebenshaltungskosten aufzubringen.

Griechenland, Portugal, Spanien und Irland übten internationale Institutionen hierzu erheblichen Druck aus. Doch kann dies eine Abwärtsspirale aus sich verschlechternder Qualität im öffentlichen Dienst und steigender Einkommens- und Vermögensungleichheit auslösen. Private Gesundheits- und Bildungssysteme nutzen nur denjenigen, die sie auch bezahlen können, jedoch nicht notwendigerweise denjenigen, die sie am nötigsten brauchen.³⁹

Niedriglöhne und schlechte Arbeitsbedingungen

Auch eine Flexibilisierung der Arbeitsmärkte ist Teil der Austeritätspolitiken: Regeln wurden gelockert und Arbeitsrechte eingeschränkt. Diesen Maßnahmen lag die Annahme zugrunde, dass sie eine Erholung des Privatsektors fördern und so die Verluste im öffentlichen Sektor ausgleichen würden. Die erhöhte Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt wurde jedoch nicht von einer

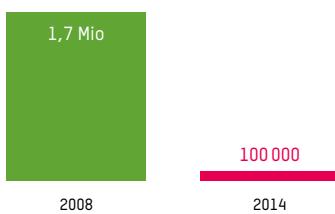
Yachten auf der Monaco Yacht Show. Foto: © REUTERS/Eric Gallard



angemessenen sozialen Sicherung begleitet, um unsichere Einkommen auszugleichen.

Zusammen mit einer Untergrabung des Tarifsystems wird dies höchstwahrscheinlich zu einem weiteren Sinken der Reallöhne führen⁴⁰. Internationale Erhebungen haben ergeben, dass eine breite Abdeckung durch Tarifverträge eng mit geringerer Ungleichheit verknüpft ist. Vor allem die Löhne in der unteren Hälfte der Lohnskala werden durch Tarifverhandlungen gestärkt. Durch die Abschaffung von Gesetzen, die Tarifverhandlungen und die Abdeckung durch Tarifverträge gestützt haben, können betriebliche Vereinbarungen nun branchenweite Regelungen unterlaufen. Diese Veränderungen treffen ins Herz des Tarifsystems. In Spanien und Portugal wurden die Mindestlöhne bereits für mehrere Jahre auf ihren Nominalwert eingefroren, in Griechenland um 22 Prozent gekürzt – für junge Menschen sogar um 32 Prozent.

TARIFLICH GESCHÜTZTE ARBEITS-VERHÄLTNISSE IN PORTUGAL (2008–2014)



Quelle: Ronald Janssen, ETUC, 2015

In den Ländern, in denen die weitreichendsten Maßnahmen ergriffen wurden, ist die Zahl der durch Tarifverträge geschützten Lohnabhängigen eingebrochen. In Portugal sank sie von 1,7 Millionen im Jahr 2008 auf nur noch 100 000 im Jahr 2014. Außerdem ging bereits zwischen 1980 und 2010 eine abnehmende gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter/innen in den führenden Industriestaaten mit einem Anstieg der Spitzeneinkommen einher, wie Forschungen des IWF kürzlich ergeben haben.⁴¹

Ungerechte Steuersysteme

Steuersysteme können eine wichtige Rolle dabei spielen, die Schere zwischen Arm

und Reich zu schließen. Werden hohe Einkommen stärker besteuert als niedrige, sorgt dies für weniger Ungleichheit bei den Nettoeinkommen. Zudem können Steuereinnahmen genutzt werden, um zum Allgemeinwohl und zu gleichen Chancen für alle beizutragen.

Aktuell gehen die Steuertrends in Europa jedoch in die entgegengesetzte Richtung. Schweden und Dänemark sind die Länder mit dem höchsten Anteil an Steuern am Bruttoinlandsprodukt (44,2 und 48,1 Prozent im Jahr 2012).⁴² Hier werden vor allem Einkommen besteuert. In Portugal und Griechenland dagegen liegt der Anteil der Steuern etwa sechs Punkte unter dem EU-Durchschnitt von 39,4 Prozent, dort beruhen die Einnahmen erheblich stärker auf Konsumsteuern. Konsumsteuern wie die Mehrwertsteuer sind typische regressive Steuern, die die Armen stärker treffen.

In Spanien beruhen 90 Prozent aller Steuereinnahmen auf Steuern auf Arbeitseinkommen und Konsumsteuern, Steuern von großen Unternehmen machen dagegen nur zwei Prozent aus. Die Steueraufkommen sind dort in allen Bereichen aktuell wieder auf derselben Höhe wie vor der Krise, nur Steuern auf Einkommen von Unternehmen lagen im Jahr 2014 56 Prozent unter dem Niveau von 2007. Große Unternehmen in Spanien zahlen lediglich 5,3 Prozent Steuern, kleine und mittlere dagegen 16 Prozent.⁴³ Die spanischen Direktinvestitionen in Steueroasen stiegen im Jahr 2014 um 205 Prozent an.⁴⁴

In den meisten europäischen Ländern wurden höhere Staatseinnahmen in den letzten Jahren durch Mehrwertsteuererhöhungen generiert. Zugleich sind die Steuern auf Spitzeneinkommen nicht höher als vor der Krise, die Steuereinnahmen von großen Unternehmen sind zwischen 2007 und 2013 um 24 Prozent zurückgegangen. Vermögenssteuern wurden meist abgeschafft und die Steuern auf Kapitalgewinne reduziert.

Nach Schätzungen der EU belaufen sich die Kosten von Steuerflucht und Steuervermeidung auf eine Billion Euro pro Jahr – dies würde ausreichen, um in allen

EU-Ländern die öffentlichen Ausgaben für Gesundheit zu verdoppeln.⁴⁵

Nach den verschiedenen Steuerskandalen der vergangenen Jahre ermittelt die Europäische Kommission gegen drei Mitgliedsstaaten wegen illegaler staatlicher Beihilfe zur Einrichtung schädlichen Steuerwettbewerbs innerhalb der EU.⁴⁶ Steuervermeidung ist auch ein europäisches Problem und erfordert, gegen die Verhaltensweisen von EU-Staaten vorzugehen, welche die Steuergrundlagen anderer Länder aushöhlen. Es ist kein Zufall, dass die Steueroase Luxemburg die höchsten durchschnittlichen Vermögen aufweist.

Während verschiedene Initiativen der EU seit 2011 Steuerflucht bei Privatvermögen erschwert haben, wurde Steuervermeidung durch Unternehmen bisher kaum wirksam bekämpft – weder durch öffentliche Berichte über Steuerdaten noch durch Angleichung von Steuern innerhalb Europas. Im Dezember 2012 gab die Europäische Kommission zwei Empfehlungen zur Bekämpfung von Steuerflucht, die bisher nicht umgesetzt wurden. Regierungen in der EU versuchen, multinationale Konzerne dadurch anzulocken, dass sie in einen Steuerwettbewerb eintreten und die Steuern für Unternehmen senken.

KOSTEN VON STEUERFLUCHT UND STEUERVERMEIDUNG IN DER EU (2010)

1 BILLION EURO

Quelle: Richard Murphy, Tax Research UK, 2012

Der unfaire Steuerwettbewerb innerhalb der EU hat auch Auswirkungen auf Länder im Globalen Süden. Diese verlieren jedes Jahr 100 Milliarden Euro durch Steuerflucht transnational agierender Unternehmen. Die meisten Länder in der EU unterhalten zahlreiche Steuerverträge mit Entwicklungsländern. Diese Verträge senken oft die Besteuerung finanzieller Transaktionen ab und schaffen Möglichkeiten zur Steuervermeidung für multinationale Unternehmen.



In London laufen Geschäftsleute an einer Gewerkschaftsdemonstration gegen niedrige Löhne und fehlende soziale Absicherung von Reinigungskräften vorbei, 2007. Foto: © Panos/Mark Henley

4. POLITISCHE EMPFEHLUNGEN

Die EU und ihre Mitgliedsstaaten müssen dringend Maßnahmen in vier Bereichen ergreifen, um Ungleichheit effektiv zu bekämpfen

1 Die institutionelle Demokratie stärken

- Bürgerinnen und Bürger müssen dabei unterstützt werden, sich in demokratische Prozesse einzubringen, vor allem zu Haushalts- und Investitionsfragen.
- Politische Prozesse müssen demokratischer und weniger anfällig für Machtinteressen gestaltet werden – durch verpflichtende öffentliche Lobbyregister, pluralistischer besetzte Expertengruppen und strengere Regeln zu Interessenkonflikten.
- Informationen zu Verwaltungs- und Haushaltsprozessen müssen öffentlich zugänglich, kostenlos und leicht verständlich sein.

2 Wieder verstärkt in öffentliche Dienste investieren

- Regierungen müssen einen öffentlichen allgemeinen Zugang zu Bildung und Gesundheitsfürsorge für alle garantieren.
- Öffentliche Haushalte und wirtschaftspolitische Entscheidungen müssen auf ihre Auswirkungen auf Mädchen und Frauen überprüft werden. Alle Ausgaben müssen so gestaltet werden, dass sie Geschlechtergerechtigkeit fördern,

wozu auch eine Neuverteilung von Pflegeleistungen gehört.

- Soziale Sicherungssysteme müssen auf die Bedürfnisse von Menschen in Armut zugeschnitten werden. Haushalte mit geringen Einkommen müssen stärker unterstützt und soziale Dienstleistungen für Kinder und junge Menschen bereitgestellt werden.

3 Gute Arbeitsbedingungen und Löhne durchsetzen

- Beschäftigung muss für alle Arbeiterinnen und Arbeiter mit sozialer Sicherung verbunden sein, dazu gehört die Einbettung in umfassende staatliche Sozialsysteme.
- Unterschiedliche Löhne von Männern und Frauen müssen angeglichen werden – es bedarf eines Aktionsplans zur Geschlechtergerechtigkeit bei der Entlohnung.
- Der größte Anteil an Pflegearbeit wird nach wie vor von Frauen geleistet. Die Belastung durch unbezahlte Pflegearbeit muss verringert werden, indem Kinder- und Seniorenbetreuung bereitgestellt und bezahlte Betreuungs-, Pflege- und Krankheitszeiten sowie flexible Arbeitszeiten eingeführt werden.

4 Steuergerechtigkeit schaffen

- Steuervermeidung und schädlicher Steuerwettbewerb müssen konsequent bekämpft werden. Informationen zur Steuerpraxis von Großunternehmen müssen öffentlich zugänglich sein, damit Steuerbehörden sicherstellen können, dass Unternehmen dort Steuern bezahlen, wo die wirklichen ökonomischen Tätigkeiten ausgeübt werden.
- Progressive Steuersysteme müssen in ganz Europa eingeführt bzw. weiterentwickelt werden.
- Die Auswirkungen von Steuerpolitiken der EU auf Entwicklungsländer müssen angegangen werden. Diese Länder brauchen stärkere Unterstützung bei der Erhebung von Steuern.
- Die EU-Länder müssen eine gleichberechtigte Beteiligung der Entwicklungsländer an internationalen Debatten und Entscheidungsprozessen zu Steuerfragen unterstützen.

ANMERKUNGEN

- 1 In einem vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) veröffentlichten Papier wird der Anteil der reichsten 10 Prozent am Gesamtvermögen auf zwischen 63 und 74 Prozent des Gesamtvermögens geschätzt: C. Westermeier, M. M. Grabka (2015) „Große statistische Unsicherheit beim Anteil der Top-Vermögenden in Deutschland“, Februar 2015, http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.496886.de/15-7-3.pdf.
- 2 http://ec.europa.eu/justice/gender-equality/gender-pay-gap/situation-europe/index_en.htm
- 3 DGB (2015) Einkommensungleichheit nimmt weiter zu, Klartext Nr. 30/2015, 30. Juli, <http://www.dgb.de/themen/++co++28d677de-36a1-11e5-ae93-52540023ef1a>.
- 4 Bertelsmann Stiftung (2015) Lohneinkommensentwicklungen 2020. Eine Vorausberechnung der Einkommensentwicklung in Branchen, Haushalten und Einkommensgruppen für Deutschland, https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Lohneinkentwickl2020_final.pdf.
- 5 E. Hein (2012) The Macroeconomics of Finance-Dominated Capitalism – and its Crisis, Cheltenham: Edward Elgar, Seite 13.
- 6 WSI (2015) Weiblich, westlich, atypisch. Atypische Beschäftigung bleibt weit verbreitet, http://www.boeckler.de/impuls_2015_06_4.pdf.
- 7 IG Metall: Werkverträge gesetzlich besser regeln!, <http://www.igmetall-bezirk-mitte.de/gruppen/werkvertraege/>.
- 8 ENAR Shadow Report 2012-2013: Racism and related discriminatory practices in employment in Germany, <http://www.enar-eu.org/IMG/pdf/germany.pdf>.
- 9 Matthias Bolsinger (2014) Klassenkampf im Knast, in: Die Tageszeitung, 9.8., <http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=bl8-dig=2014%2F08%2F09%2Fa0188&cHash=a7a1ca4df4930bc4abb53a867804091>; Peter Nowak, Plutonia Plarre (2014) Razzia bei der IG Knast, in: Die Tageszeitung, 30.5., <http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=ba&dig=2014%2F05%2F30%2Fa0128&cHash=h=28f7f56f23fcc4491657adb6e3b5706c>; Bundesverband Selbsthilfe Körperbehinderter (2014) BSK übergibt Unterschriften zum Mindestlohn in den Werkstätten, 14.11, <http://www.bsk-ev.org/aktuelles-presse/news-aktuellespresse/detailed-view/article/bsk-uebergibt-unterschriften-zum-mindestlohn-in-den-werkstaetten/>.
- 10 Die Lohnstückkosten beschreiben das Verhältnis zwischen Produktivität und Lohnhöhe, erst damit kann die Auswirkung unterschiedlicher Lohnhöhen angemessen beschrieben werden.
- 11 DGB (2011) Aufschwung für alle sichern! Verteilungsbericht 2011, <http://www.dgb.de/themen/++co++a92478b4-1508-11e1-4067-00188b4dc422>.
- 12 Der Spiegel (2015) „Hilfskredite. Griechenland zahlte Deutschland 360 Millionen Euro Zinsen“, 5. März, <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/athen-bezahlte-bislang-360-millionen-euro-zinsen-an-berlin-a-1021866.html>.
- 13 Die Welt (2015) „Studie: Deutschland profitiert massiv von Schuldenkrise“, 10. August, <http://www.welt.de/newsticker/news1/article145045051/Studie-Deutschland-profitiert-massiv-von-Schuldenkrise.html>.
- 14 Die Welt (2012) „Griechische Erzieherinnen retten Münchner Kitas“, 3. September, <http://www.welt.de/regionales/muenchen/article108946620/Griechische-Erzieherinnen-retten-Muenchner-Kitas.html>.
- 15 Hans-Böckler-Stiftung (2013) Wanderarbeiter. Mobil, begehrt, ungeschützt. Magazin Mitbestimmung 7/8 2013, http://www.boeckler.de/43723_43741.htm.
- 16 J. Scherb (2012) „Lissabon-Strategie (Lissabon-Prozess)“, in: J. Bergmann (Hg.): Handlexikon der Europäischen Union, Baden-Baden: Nomos.
- 17 IWF (2013) „Germany 2013 Article IV Consultation“, IMF Country Report No. 13/255, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2013/cr13255.pdf>.
- 18 Das Eurostat-Kriterium für Armutsrisiko und soziale Ausgrenzung („At risk of poverty or social exclusion“, AROPE) bezieht sich auf Personen, die weniger als 60 Prozent des Medianeneinkommens verdienen, schwerwiegendem Mangel an materieller Versorgung ausgesetzt sind oder in einem Haushalt mit nur gelegentlichem Zugang zu Erwerbsarbeit leben. Das AROPE-Kriterium ist der Hauptindikator für die Prüfung des Ziels zur Reduzierung von Armut, das in der „Europa 2020“-Strategie verankert wurde.
- 19 Eurostat (2013), „People at risk of poverty or social exclusion by age and sex“, http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do?dataset=ilc_peps018&lang=en.
- 20 Schwerwiegende materielle Entbehrungen werden im AROPE-Forschungsprogramm folgendermaßen definiert: Die Betroffenen entbehren mindestens vier der neun folgenden Ressourcen: (1) Sie können ihre Miete oder Rechnungen für Energieversorgung nicht bezahlen. (2) Sie können ihre Behausung nicht ausreichend heizen. (3) Sie können unerwartete Ausgaben nicht bewältigen. (4) Sie können nicht jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder vergleichbare Proteine essen. (5) Sie können sich nicht eine Woche Urlaub außerhalb ihres Wohnorts, (6) kein Auto, (7) keine Waschmaschine, (8) keinen Farbfernseher oder (9) kein Telefon leisten.
- 21 Eurostat data, <http://ec.europa.eu/eurostat/database>; für Kroatien sind im Jahr 2009 keine Daten verfügbar.
- 22 Diese Zahlen schließen auch Länder in Europa ein, die nicht zur EU gehören, wie etwa Russland und Island. Credit Suisse (2014), ‘Global Wealth data-book’, <https://publications.credit-suisse.com/tasks/render/file/?fileID=5521F296-D460-2B88-081889DB12817E02>.
- 23 F. Jaumotte (2012) „Is Labour Compensation Still Falling in Advanced Economies?“
- 24 IMF Survey Magazine, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/survey/so/2012/NUM052412A.htm>. Eurostat data, <http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/submitViewTableAction.do> (consulted April 2015).
- 25 G. Fanjul (2014) „Children of the Recession: The impact of the economic crisis on child well-being in rich countries“, Innocenti Report Card 12, UNICEF, <http://www.unicef-irc.org/publications/pdf/rc12-eng-web.pdf>.
- 26 Daten von Forbes (2002–2015): Die jährliche Liste der Milliardäre wird jedes Jahr nach ihrer Veröffentlichung im März von Oxfam analysiert. Der Reichtum wird in jeder Jahresliste für einen bestimmten Stichtag angegeben. Die aktuelle Liste findet sich unter <http://www.forbes.com/billionaires/list/>.
- 27 M. Matsaganis, C. Leventi (2014) „Distributive Effects of the Crisis and Austerity in Seven EU Countries“, ImPROVE Working Paper 14/04, p.31, <http://econ-papers.repec.org/paper/hdlimprov/1404.htm>.
- 28 European Union Agency for Fundamental Rights (2010) „Data in Focus Report, Multiple Discrimination“, http://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/1454-EU_MIDIS_DiF5-multiple-discrimination_EN.pdf.
- 29 M. Matsaganis, C. Leventi (2014), siehe oben.
- 30 P. Sabido (2013) „A year of broken promises. Big business still put in charge of EU Expert Groups, despite commitment to reform“, Alter-EU, AK Europa und ÖGB Europabüro, <http://www.alter-eu.org/documents/2013/11/a-year-of-broken-promises>.
- 31 P. Sabido (2013), siehe oben.
- 32 Transparency International (2013) „Global Corruption Barometer 2013“, http://www.transparency.org/whatwedo/publication/global_corruption_barometer_2013; D. Hardoon (2015) „Wealth: Having it all and wanting more“, Oxford: Oxfam GB, S. 2, <http://policy-practice.oxfam.org.uk/publications/wealth-having-it-all-and-wanting-more-338125>.
- 33 „Standard Eurobarometer 79“, http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb79/eb79_en.htm
- 34 A. Elomäki (2012) „The price of austerity – The impact on women’s rights and gender equality in Europe“, European Women’s Lobby, <http://www.womenlobby.org/news/ewl-news/article/ewl-publishes-report-on-impact-of?lang=fr;>

- 35 J. Woo, E. Bova, T. Kinda, Y. Sophia Zhang (2013) ,‘Distributional Consequences of Fiscal Consolidation and the Role of Fiscal Policy: What Do the Data Say?’, IMF Working paper 13/195.
- 36 A. Bolaños (2015) ,‘El gasto por habitante en educación y sanidad se recorta el 20% en la crisis’, El País, 4 May, http://economia.elpais.com/economia/2015/05/04/actualidad/1430742389_792234.html.
- 37 T. Cavero, K. Poinasamy (2013) ,‘A Cautionary Tale: The True Cost of Austerity and Inequality in Europe’, Oxford: Oxfam GB, <http://policy-practice.oxfam.org.uk/publications/a-cautionary-tale-the-true-cost-of-austerity-and-inequality-in-europe-301384>, citing The Fawcett Society, 710,000 jobs cut by 2017, <http://www.fawcett-society.org.uk/wp-content/uploads/2013/02/The-Impact-of-Austerity-on-Women-19th-March-2012.pdf>.
- 38 Reuters (2010) ,‘Portugal govt to freeze real wages until 2013’, <http://www.investing.com/news/interest-ratesnews/portugal-govt-to-freeze-real-wages-until-2013---paper-119257>.
- 39 E. Seery, A. Caistor Arendar (2014) ,‘Even it Up: Time to end extreme inequality’, Oxford: Oxfam GB, <http://policy-practice.oxfam.org.uk/publications/even-it-up-time-to-end-extreme-inequality-333012>.
- 40 O. Bontout, T. Lokajickova (2013) ,‘Social Protection Budgets in the Crisis in the EU’, Brussels: European Commission, p. 17, <http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=10224&langId=en>.
- 41 F. Jaumotte, C. O. Buitron (2015) ,‘Power from the People’, Finance and Development 52(1), IMF, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/fandd/2015/03/jaumotte.htm>.
- 42 Eurostat (2014) ,‘Taxation trends in the European Union: Data for the EU Member States, Iceland and Norway’, Luxembourg: Publications Office of the European Union, http://ec.europa.eu/taxation_customs/resources/documents/taxation/gen_info/economic_analysis/tax_structures/2014/report.pdf.
- 43 Daten für 2012 von der spanischen Steuerbehörde: http://www.agenciatributaria.es/static_files/AEAT/Estudios/Estadísticas/Informes_Estadísticos/Informes_Anuales_de_Recaudacion_Tributaria/Ejercicio_2012/IART_12.pdf.
- 44 DATAINVEST, Spanish Ministry of Economy and Competitiveness (MINECO), <http://datainvex.comercio.es/>.
- 45 Die Angaben stammen aus einer Studie von Richard Murphy für die sozialdemokratische Fraktion im EU-Parlament [http://www.socialistsanddemocrats.eu/sites/default/files/120229_richard_murphy_eu_tax_gap_en.pdf]. Da die darin verwendeten Daten aus einem Bericht der Weltbank stammen, der sich auf die gesamte Schattenwirtschaft bezieht und sich nicht auf Steuerflucht und -vermeidung beschränkt, fehlen genauere Schätzungen zum Ausmaß des Problems.

IMPRESSUM

Oxfam Deutschland e. V. ist eine unabhängige Nothilfe- und Entwicklungsorganisation. Im internationalen Oxfam-Verbund setzen sich 17 Oxfam-Organisationen mit rund 3000 lokalen Partnern in mehr als 90 Ländern als Teil einer globalen Bewegung für eine gerechte Welt ohne Armut ein.

Herausgeber

Oxfam Deutschland e. V.

September 2015

V.i.S.d.P.: Marion Lieser

Oxfam Deutschland e. V.

Am Köllnischen Park 1

10179 Berlin

Tel.: +49 (0)30 45 30 69 0

E-Mail: info@oxfam.de

Deutsche Zusammenfassung und Ergänzung des Kampagnenreports „A Europe for the many, not for the few“
Vollständiger Text unter: <http://www.oxfam.de/publikationen/a-europe-for-the-many>

Konzeption und Übersetzung

Jörg Nowak

Redaktion

Julia Jahnz, Jörn Kalinski

Layout

Marischka Lutz, www.marischkalutz.de

www.oxfam.de

BITTE UNTERSTÜTZEN SIE OXFAMS ARBEIT MIT EINER SPENDE!

Spendenkonto: 80 90 500
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ: 370 205 00
IBAN: DE87 3702 0500 0008 0905 00
BIC: BFSWDE33XXX
Stichwort: KAMPAGNEN
www.oxfam.de/spenden



Oxfams Arbeit zu diesem Thema wird von der Europäischen Union finanziell unterstützt. Für den Inhalt dieses Reports ist allein Oxfam Deutschland e. V. verantwortlich.



OXFAM
Deutschland